



Stadtprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz

Beschlossen durch den Runden Tisch für Demokratie der Stadt
Jena am 27. Juni 2000

Mitglieder der Redaktionsgruppe:

Inhaltliche Leitung: Prof. Dr. Wolfgang Frindte, FSU Jena

Christian Bank, Rechtsanwalt

Frau Becker, Leiterin des Übergangwohnheims

Matthias Bettenhäuser, Pers. Referent des Dezernenten für Soziales und Kultur

Dr. Wolfgang Beutel, Geschäftsführer Demokratisch Handeln e.V.

Monika Buhl, Imaginata e.V.

Gottfried Christmann, DGB

Frau Eulenstein, Ausländerbeauftragte

Prof. Dr. Wolfgang Frindte, Institut für Psychologie, FSU Jena

Herr Hartmann, Pfarrer

Frau Mauersberger, Vorsitzende des Ausländerbeirates

Isolde Retschke, Sozialplanerin Stadt Jena

Dr. Albrecht Schröter, Dezernent für Soziales und Kultur

Frau Vollmann, Staatliches Schulamt Jena

Herr Wachtel, Leiter der PI Jena

Inhaltsverzeichnis

1.Präambel.....	3
2.Zur aktuellen Situation.....	3
Polizeilich registrierte Fakten zur Gewalt in Jena.....	3
Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus unter Schülern und Schülerinnen.....	4
Erfahrungen sozialengagierter Einrichtungen und Gruppen.....	4
Zivilgesellschaftliche Partizipation und regionale Identität.....	5
3.Vielfältige Initiativen gegen Gewalt und für Demokratie - Bestandsaufnahme.....	6
Projekte gegen Rechtsextremismus.....	7
Projekte für Toleranz, Akzeptanz und Demokratie.....	7
Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit.....	8
Schulprojekte.....	8
Projekte in Wissenschaft und Studium - FSU Jena.....	9
Projekte in Sport und Freizeit.....	9
Projekte für die gesamte Bevölkerung.....	10
4.Das Programm.....	10
4.1. Auftaktveranstaltung.....	11
4.2. Allgemeine langfristige Maßnahmen.....	11
4.3. Ständiger Runder Tisch für Demokratie.....	12
4.4. Strukturelle Unterstützung des Runden Tisches.....	13
4.5. Konkrete Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.....	14
Familie.....	14
Wohngebiet.....	14
Schule.....	15
Freizeit.....	15
Weiterbildung und Beratung im öffentlichen Bereich.....	16
Wirtschaft.....	17
Integration.....	17
Intervention.....	18
5.Aufruf.....	19

1. Präambel

"Jena als tolerante, offene und internationale Stadt will ihrem Ruf, Hoffnungsträger auch für in unseren Reihen lebende Ausländer zu sein, unbedingt gerecht werden."

Diese programmatische Erklärung des Oberbürgermeisters Dr. Peter Röhlinger und des Superintendenten Diethard Kamm vom August 2000 wurde mit Vertreterinnen und Vertretern ¹aus Politik, Wissenschaft, Kirche und Gesellschaft am "Runden Tisch für Demokratie" verabschiedet. Sie wendet sich als Appell und als Verpflichtung an alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt: Es geht darum, unser Gemeinwesen in respektvollem Miteinander zu gestalten und Erscheinungsformen von Fremdenfeindlichkeit, Menschenverachtung und Gewalt entschieden entgegen zu treten.

Der Runde Tisch legt der Öffentlichkeit ein "Stadtprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit" als Orientierungs- und Handlungsrahmen vor. Es muss betont werden, dass die Probleme Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz nicht (wie dies öffentlich vielfach dargestellt wird) allein ein Jugendphänomen darstellen. Diese Probleme entstehen in der Mitte unserer Gesellschaft, in unterschiedlichen sozialen Gruppen und Generationen, und es werden auch dort befördert. Gegen alle Ideologien, Theorien und Parteilichkeiten, die die Ungleichheit, den Rassismus sowie andere Formen der Ausgrenzung und der Gewalt als politischen Weg vorschlagen oder anwenden, setzen wir die Tradition der Aufklärung, des Humanismus und der Menschenrechte. So wie der Grundsatz "Stadtluft macht frei!" in unserer Vergangenheit den Aufstieg der Städte zu freien und wohlhabenden Gemeinwesen begleitet hat, so muss der Weg in die weltoffene, pluralistische Gesellschaft unser gemeinsames städtisches Leitbild jetzt und in Zukunft sein.

2. Zur aktuellen Situation

Es gibt einerseits gute Gründe, Jena als Stadt der Toleranz und der Liberalität zu präsentieren, als eine Stadt, auf die wir stolz sein können und in der es zu leben lohnt. Auf der anderen Seite wird von denjenigen, die in den sozialen Arbeitsfeldern Jenas tätig sind - in der Jugend- und Sozialarbeit, den Kirchengemeinden, den Schulen, den Ausbildungsbetrieben, der Wirtschaft und auch bei der Polizei - immer deutlicher angesprochen, dass fremdenfeindliche Äußerungen immer häufiger zu hören sind und diskriminierende oder gar gewalttätige Handlungen scheinbar selbstverständlich werden. Dabei darf auch nicht vergessen werden, daß in Jena eine rechtsextreme Organisation, wie der "Thüringer Heimatschutz", aktiv ist, in den Stadtteilen Lobeda und Winzerla nationalistisch orientierte Ortschaftsratsmitglieder gewählt wurden und auch der NPD-Kreisverband und der rechtsextreme "Nationale Widerstand" das politische Klima in Jena zu bestimmen versuchen.

Polizeilich registrierte Fakten zur Gewalt in Jena

Wir müssen laut Polizeistatistik einen Anstieg der Gewaltbereitschaft allgemein zur Kenntnis nehmen. Demnach sind im Jahr 1999 802 Gewaltdelikte zur Anzeige gebracht worden.

¹ Im Stadtprogramm wird aus sprachlichen Gründen auf ein konsequentes Ausschreiben der weiblichen und männlichen Formen verzichtet. In jedem Fall sind Frauen und Männer gleichermaßen gemeint

Darunter waren 362 Fälle von vorsätzlicher Körperverletzung, 124 Fälle von Freiheitsberaubung, 25 Delikte von Nötigung und 95 Fälle von Bedrohung. Im Zeitraum von Januar bis Juli 2000 ist eine leicht steigende Tendenz dieser Gewaltdelikte zu verzeichnen.

Ende 1999 wurde eine Arbeitsgruppe gegen Rechtsextremismus bei der Polizeidirektion Jena eingerichtet. Im Berichtszeitraum vom 01.01. bis 30.11.2000 hat diese Arbeitsgruppe im Stadtgebiet folgende Vorfälle feststellen müssen:

- 7 Vorfälle von Körperverletzung an Jenaer Schulen (ohne extremistischen Hintergrund)
- 22 Straftaten der Körperverletzung und der gefährlichen Körperverletzung gegen Ausländer (ohne erkennbaren extremistischen Bezug)
- 4 solcher Straftaten mit explizit fremdenfeindlichem Motiv
- 73 Straftaten der Volksverhetzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
- 48 Straftaten der Körperverletzung und der gefährlichen Körperverletzung durch Personen der rechtsradikalen Szene.

In diesem Zusammenhang muss in Erinnerung gerufen werden, dass 1998 in unserer Stadt rechtsextreme Bombenbauer einen Sprengsatz mit Hakenkreuz auf dem Theatervorplatz deponiert haben und dass sich in einem anderen Fall ein junger Rechtsextremist beim Experimentieren mit Sprengstoff selbst tötete.

Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus unter Schülern und Schülerinnen

Laut einer Befragung von Kindern und Jugendlichen in Jena durch die Friedrich-Schiller-Universität für das Jahr 2000 sind 23 % der Meinung, dass Gewaltaktionen zur Lösung von Konflikten geeignet sind. 11 % der Jugendlichen haben angegeben, dass sie bereit wären, Gewalt gegen Ausländer auszuüben. 13 % der befragten Schülerinnen und Schüler sind als rechtsextrem zu charakterisieren und 26 % stimmen Aspekten rechtsextremer Ideologie zu.

Erfahrungen sozialengagierter Einrichtungen und Gruppen

Die Evangelisch-lutherische Kirchgemeinde in Jena stellt fest:

"Es ist unserer Ansicht nach nicht ein Problem der Jugend allein. Vielmehr beobachten wir in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens mehr oder weniger latente Ausländerfeindlichkeit ebenso wie verborgenen Antisemitismus."

"Aus unserer jahrelangen Mitarbeit in der Asylarbeit ist uns allerdings auch oft eine verhaltene bis offene Fremdenfeindlichkeit in Behörden und Ämtern aufgefallen, eine Haltung bei manchem von Amtswegen Verantwortlichen, Fremde nur als lästiges Problem zu sehen... Es hat auf uns schon manchmal den Eindruck von struktureller Fremdenfeindlichkeit gemacht."

Der Ausländerbeirat der Stadt führt an:

"... der alltägliche Rassismus begegnet uns überall... 1994/95 wurden uns mehrere verbale und tätliche Angriffe auf Ausländer bekannt... Im Jahr 1998/99 sind uns wiederholte Angriffe auf ausländische Studenten im Bereich Jena-Lobeda bekannt geworden. Die Studenten baten den Ausländerbeirat um seine Unterstützung. Zu dieser Problematik haben wir uns in einer Sitzung mit der Polizeidirektion Jena auseinandergesetzt. Außerdem wandten wir uns an den Rektor der Universität und schilderten ihm die Situation. Obwohl wir diese als sehr schwierig einschätzten, wurde uns wiederholt gesagt, dass keine 'Gefahr von Rechts' bestünde. 1999/2000 wiederholten sich die Angriffe auf Ausländer in Jena. In einigen Fällen mussten die Opfer ärztlich behandelt werden. Auch die Angriffe auf den Jugendpfarrer in Jena schätzen wir als große Gefahr für unsere Stadt ein... Was uns Sorgen macht, ist jedoch nicht nur die Gewaltbereitschaft rechter Gruppierungen in Jena, sondern auch die Qualität und die Organisation diese Gruppen. Sie nahmen an verschiedenen Veranstaltungen zu Themen wie rechte Gewalt, Integration von Ausländern, multikulturelle Gesellschaft, Aufarbeitung deutscher Geschichte usw. teil und versuchten, mit 'Gegenargumenten' und Provokationen die Veranstaltungen zu stören."

Weiterhin wird darauf aufmerksam gemacht, dass zunehmend der rechtsradikale "Thüringer Heimatschutz" zu solchen Veranstaltungen und für Demonstrations- und Kundgebungsversuche in der Stadt hinzugezogen wird.

Außerdem stellt der Ausländerbeirat fest: *"Auch bei Jenaer Behörden und Ämtern haben Migranten bisweilen leider Erfahrungen mit rassistischen Äußerungen und Haltungen gemacht."*

Die Bürgerinitiative Asyl e.V., die sich ebenso wie "amnesty international" seit 1993 besonders um Asylbewerber in der "Erstaufnahmeeinrichtung" (EAE) auf den Jenaer Forst kümmert, schildert beispielreich skeptische bis fremdenfeindliche Äußerungen von neunjährigen Schulkindern bis zu neunzigjährigen Senioren, die in der Tendenz die Anwesenheit von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern auch aggressiv in Frage stellen. Der Asyl e.V. macht auch auf die zum Teil schwierigen Aufenthaltsbedingungen in der EAE aufmerksam, sieht die Stadt Jena in einer moralischen Verpflichtung und unterbreitet konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Stadtbevölkerung und Asylbewerbern.

Zivilgesellschaftliche Partizipation und regionale Identität

Die OECD hat 1999 in einem Seminar in Jena unsere Stadt als "learning city" in den Blick genommen: Die Auswirkungen der Planwirtschaft und des gegenwärtigen Politikstils in der Stadt - so der Zwischenbericht - hätten mehr Konventionen der Abhängigkeit als solche der Partizipation erzeugt. Der Rückgang der Geburtenrate und das Anwachsen des politischen Radikalismus im Gefolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten seien Zeichen dafür, dass sich Teile der Bevölkerung entwurzelt und unsicher in Blick auf ihre Zukunft fühlten. Es gebe immer noch einen Mangel an zivilgesellschaftlichen Netzwerken, die soziale Sicherheit fördern und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit schaffen könnten.

Besorgniserregend ist die niedrige Wahlbeteiligung in Lobeda und Winzerla, durch die die Wahl von Mitgliedern rechter Parteien und Gruppen in die Ortschaftsräte begünstigt wurde.

Kritisch sind die publizistischen Aktivitäten eines Jenaer Wissenschaftlers in der Zeitschrift "Junge Freiheit" zu bewerten. Ebenso problematisch scheinen einige Veranstaltungen der Burschenschaft Jenensia.

Insgesamt verweisen diese Beispiele auf die Notwendigkeit, das zivilgesellschaftliche Engagement in unserer Stadt zu stärken und zu unterstützen. Wir wollen mit der bisherigen Einschätzung die Situation keineswegs überzeichnen.

Es muss allerdings deutlich gesagt werden, dass wir durchaus Handlungsbedarf sehen, Jena als demokratische, moderne, weltoffene und vor allem tolerante Kommune zu stärken.

3. Vielfältige Initiativen gegen Gewalt und für Demokratie - Bestandsaufnahme

Wir wissen, dass gerade in Jena zahlreiche Projekte, Programme und Initiativen wirksam sind, die - angesiedelt zwischen beruflicher Tätigkeit und rein ehrenamtlichem Engagement - versuchen, den Tendenzen von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt entgegenzuwirken. Zwar gibt es Erfahrungen von Diskriminierung und Gewalt in unserer Stadt, es gibt aber auch die Möglichkeit von Erfahrungen des Miteinanders, des Engagements und der Demokratie.

Über den Aspekt der Vernetzungschance und des anregenden Erfahrungsaustausches mit Handlungsträgern in anderen Städten sowie auf Bundes- und Länderebene hinaus ist es sehr wichtig, sich dieser gewaltpräventiven und demokratiepolitischen Potentiale in unserer eigenen Stadt bewusst zu werden. Sie müssen unterstützt und nach Möglichkeit auch finanziell gefördert werden. Sie sind in die Empfehlung im Hinblick auf ein strukturiertes Handlungsmodell für die nähere und fernere Zukunft mit einzubeziehen. In einer ersten und nur bedingt systematischen Umfrage hat das Dezernat Soziales und Kultur der Stadt versucht, eine Art Bestandsaufnahme von gewaltpräventiven, -interventiven und demokratiefördernden Projekten, Vereinen, Initiativen und Gruppen zu leisten. Insgesamt konnten mehr als 65 Rückmeldungen gezählt werden. Eine tabellarische Aufstellung von Programmen, Projekten und Erfahrungsträgern, die auf diesem Felde agieren, ist dem Stadtprogramm als Anhang beigefügt. Hier soll eine Auswahl knapp skizziert werden, verbunden mit der Bitte, diese Projekte und Initiativen aufmerksam zur Kenntnis zu nehmen, sie zu unterstützen und - wo es möglich ist - durch eigenes Engagement zu stärken.

Grundsätzlich muss gesagt werden, dass die Fülle an Einzelinitiativen und Projekten in unterschiedlichen Handlungsbereichen unseres Themas einen wesentlichen Schwerpunkt des Stadtprogramms ausmacht. Hier wird deutlich: Jena ist nicht untätig! Es wird bereits vieles geleistet, wenn auch die aktuelle Situation und viele Einzelwahrnehmungen möglicherweise zu dem Schluss führen, es geschehe noch nicht genug.

Die gemeinsame Sichtung der eingegangenen und vorliegenden Unterlagen legt nahe, zwischen den beiden Handlungsformen "Projekte gegen Rechtsextremismus" (also Projekte, die sich gegen unmittelbare Erfahrung von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wenden, somit Interventions-Charakter haben) und "Projekte für Toleranz, Akzeptanz und Demokratie" (Projekte, die sich für die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Grundtugenden in Jugendarbeit, politischer

Bildung, Schule und Wissenschaft einsetzen, somit eher Präventions-Charakter haben) zu unterscheiden.

Neben dieser eher systematischen Differenzierung legt sich noch eine Unterscheidung nach Zielgruppen und / bzw. Tätigkeitsfeldern nahe. Hierbei lassen sich Bereiche unterscheiden, die Jugendliche / Jugendarbeit, Schule, Studierende und Universität Jena, Sport und Freizeit sowie die Bevölkerung insgesamt in den Blick nehmen. Die nachfolgenden Beispiele dienen nicht der Qualifizierung einzelner Projekte, sondern sollen eine Anschauung geben und zum Mitmachen einladen.

Projekte gegen Rechtsextremismus

Im Hinblick auf die "interventive Seite" scheint es eine relativ geringe Anzahl an Projekten mit begrenzter Laufzeit zu geben, dafür jedoch eine Reihe wichtiger Träger der "täglichen Arbeit" sowie Anlaufstellen für Opfer und Betroffene, die Diskriminierung oder Gewalt unmittelbar erlebt haben.

- Projekt Dialog – Täter-Opfer-Ausgleich: Ziel dieses Projektes ist es u.a., negative Folgen einer Straftat außergerichtlich zu vermindern, indem Strategien der Mediation - also einer geschulten und moderierten Auseinandersetzung und konstruktiven Konfliktregulierung - angewendet werden. Täter und Opfer können im besten Falle eine Gewalt-Erfahrung konstruktiv wenden. Das Projekt kann dazu beitragen, dass Gewaltpotentiale durch eigene Gewalterfahrung und nachlaufende Diskriminierung aufgrund einer Straftat vermindert werden.
- JAPS - Jugend-, Aktions- und Projektwerkstatt: Hier wird direkt jugendpolitische Bildungsarbeit geleistet. Seminare und die Bereitstellung von Arbeitsumgebungen für Jugendliche sollen dazu beitragen, demokratische Gesinnung und Toleranz unter Jugendlichen zu stärken.

Aktuelles Ziel ist die Herstellung einer von Jugendlichen verfassten Broschüre über den Rechtsextremismus in Jena.

Projekte für Toleranz, Akzeptanz und Demokratie

- Der Ausländerbeirat der Stadt und die Bürgerinitiative Asyl e.V. beraten die verschiedensten Gruppen von Flüchtlingen und Zuwanderern (Spätaussiedler, Asylbewerber, Kontingentflüchtlinge, EU-Bürger, binationale Ehen, Ausländer mit festem Aufenthalt, Studenten) und unterstützen sie in der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten. Ein besonderes Augenmerk und Engagement richtet sich dabei auf die Jenaer Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber auf dem Forst.
- Die Ausländerbeauftragte der Stadt Jena trägt durch ihre Arbeit dazu bei, das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Migranten zu verbessern. Öffentlichkeitsarbeit, Vorträge, Diskussionsrunden und Gespräche konkretisieren diese Aufgabe ebenso wie Kultur- und Sportprojekte. Entscheidend ist der persönliche Kontakt mit Migranten, auch die Arbeit mit Menschen unterschiedlicher Religionen. Das Engagement der Ausländerbeauftragten richtet sich nicht nur auf konkrete Ansprechpartner

wie z. B. in Kindertagesstätten, Schulen oder Kirchengemeinden sondern an die Jenaer Bevölkerung insgesamt.

Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit

- Das Fan-Projekt Jena e.V. versucht, durch kontinuierliche Angebote insbesondere jüngere Fußballfans ("U-18-Fahrten" etc.) zu gewaltfreiem Verhalten zu befähigen und zu motivieren, sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in den Stadien zu engagieren. Durch gemeinsame Fußballspiele mit "gegnerischen" Fans, Spätaussiedlern, Asylbewerbern und anderen ausländischen Bürgern sollen Begegnungen und Kennenlernen gefördert und Vorurteile und "Feindbilder" abgebaut werden.
- "Hauen ist doof": Dieser "Verein für Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen" versucht durch kontinuierliche Projekte in Schulklassen und Kindertagesstätten (wöchentliche oder vierzehntägige Betreuung), durch Projekttag und durch Weiterbildungsveranstaltungen für Kinder und Erwachsene zu einem gewaltfreien Umgang miteinander zu befähigen. Strategien der Konfliktbewältigung, des kooperativen und konstruktiven Miteinanders werden an alltags- und lebensnahen Situationen eingeübt.
- Afrikanisches Jugendtheater: Diese Initiative des Afro-Center e.V. versucht, durch gemeinsames spielerisches und szenisches Arbeiten mit Jugendlichen und Kindern zum Verständnis für andere Kulturen und Lebensweisen beizutragen. Jugendfreizeitaktivität und Lernen außerhalb von Schule und Unterricht finden hier eine beispielhafte Ergänzung.

Schulprojekte

Wie andernorts auch, so gibt es zwischenzeitlich eine Vielfalt an projektbezogenen und unterrichtsnahen Aktivitäten an den Jenaer Schulen. Die Spannweite reicht dabei vom Projekt in der Unterrichtsstunde bis hin zur Schulpartnerschaft, von der Arbeit an bewusstseinsbildenden Formen des Gedenkens, Mahnens und Erinnerns bis hin zur Schulprogrammarbeit. Schließlich gibt es im Bereich der Fortbildung, Multiplikation und pädagogisch-didaktischen Forschung eine Reihe von Aktivitäten, die institutionell an der FSU Jena und auch an der Jenaer Außenstelle des ThILLM angesiedelt sind und weit in den Erfahrungsbereich der praktischen Schulpädagogik hinein reichen.

- Förderprogramm Demokratisch Handeln: Seit 1990 dokumentiert und unterstützt dieses Programm Projekte in Schule und Jugendarbeit, die das Lernen von Demokratie und Politik durch Handeln, Engagement und Einsatz für das Gemeinwohl erweitern und bereichern. Eine Fülle von Projekten wurde bereits dokumentiert. Eine neue Form von Arbeitstreffen - die "Lernstatt Demokratie" - bietet Gelegenheit zu Begegnung, gegenseitiger Anregung und gemeinsamer Erprobung neuer Ideen durch Jugendliche und ihre Lehrkräfte. Das Förderprogramm ist zwischenzeitlich ein bundesweit gefragter Erfahrungsträger für Demokratieverziehung und Gewaltprävention.
- Angergymnasium gegen Gewalt und Rechtsextremismus: Diese Schule gibt ein Beispiel dafür, wie in einem mittelfristig angelegten Projekt in Zusammenarbeit mit der Adenauer-

Stiftung und der "Initiative Schule gegen Gewalt" die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Gewalt zum Teil des Lernens und der Schulsozialarbeit werden kann. Zunächst sind Vorträge, Diskussionen und Workshops geplant.

- Regionales Netzwerk Polizei - Lehrer – Sozialarbeit: An der Staatlichen Berufsbildenden Schule in Jena-Burgau arbeiten Jugendliche und Lehrkräfte in Kooperation mit der Schulsozialarbeit und mit Hilfe eines Fernlehrgangs an einem Konzept zur Gewaltprävention. Gruppenarbeit, Interaktionsspiele, die geschichtliche Auseinandersetzung mit Gewalt und andere Arbeitsformen sollen helfen, die Jugendlichen zu erreichen, die in der Gefahr stehen, "Mitläufer" in der rechten Szene zu werden.

Projekte in Wissenschaft und Studium - FSU Jena

In verschiedenen Fakultäten der FSU Jena ist der Zusammenhang von Gewaltbereitschaft und Demokratieerfahrung als Forschungsthema Gegenstand einschlägiger Arbeiten. Besondere Aufmerksamkeit erfährt das Thema naturgemäß in der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, dort vor allem in den Bereichen Psychologie, Erziehungswissenschaft und Politikwissenschaft. Neben Forschungsprojekten zu Einstellungs- und Verhaltensdispositionen vor allem von Jugendlichen in Thüringen (Institut für Psychologie, Institut für Politikwissenschaft) gibt es an den Lehrstühlen für Schulpädagogik, Religionswissenschaft und Politikdidaktik Projekte, die das Ziel haben, Hintergründe auszuleuchten und didaktisch-curriculare Konzepte für Schule und Jugendarbeit zu entwickeln. Darüber hinaus gibt es eine Reihe fakultätsübergreifender Initiativen (wie etwa das Collegium Europaeum Jenense und sein neugegründeter Internationaler Studentenkreis) sowie Initiativen der Fachschaften und der Studentenschaft (z.B. durch die Arbeit der Referate für ausländische Studierende und für Menschenrechte des Studentenrats der Friedrich-Schiller-Universität), die mit öffentlichen Veranstaltungen, Diskussionsrunden und Kulturarbeit das Thema innerhalb der Studentenschaft bearbeiten.

Projekte in Sport und Freizeit

Sport erweist sich als ein Feld, in dem der Umgang zwischen Asylbewerbern, deutschen und ausländischen Studierenden sowie auch "rechtsorientierten" Jugendlichen relativ unkompliziert in einem ersten Schritt konkretisiert werden kann.

- Der Stadtsporthbund Jena e.V. mit seinen 94 Sportvereinen sieht zum Beispiel sein Hauptanliegen in der Realisierung eines Stadtprogramms gegen Fremdenfeindlichkeit darin, viele Kinder und Jugendliche in den Übungs- und Wettkampfbetrieb einzubeziehen, damit sie einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachgehen können und der solidarische Gedanke entwickelt werden kann. Dabei geht es auch darum, ausländische Bürgerinnen und Bürger in die Sportvereine zu integrieren und sie auf diese Weise mit zu unterstützen, in Jena heimisch zu werden.
- Große Streetball-Night "My way – fair play": eine Gemeinschaftsaktion des Stadtsporthbundes Jena mit LKA, Polizeidirektion Jena, midnight-fun, Staatliches Schulamt, Aussiedlerprojekt mit ca. 100 Mannschaften.

- Internationales Fußballturnier: Die Ausländerbeauftragte organisiert in Zusammenarbeit mit dem "Fan-Projekt Jena e.V." seit 1993 alljährlich dieses Turnier. Etwa acht Mannschaften kämpfen um den Pokal des Thüringer Fußballverbandes. 50 bis 60 Jugendliche und junge Erwachsene unterschiedlicher Nationalität und Herkunft wirken dabei mit.
- Ferisoccer-Cup: Unter dem Motto "Kinder weg von der Strasse" gestalten der Stadtsportbund, die Jenaer Sportjugend und der "Fan-Projekt Jena e.V." ein Sport- und Freizeitangebot.

Wo Kinder und Jugendliche in ihren Ferien aktiviert werden (und evtl. sogar für eine regelmäßige Mitarbeit in Sportvereinen gewonnen werden können), kann dieses Projekt eine präventive Wirksamkeit entfalten.

- Turnier "FAIRständnis": In Zusammenarbeit mit dem Projekt "Sport für Aussiedler" des Landessportbundes spielen Mannschaften von Aussiedlern und Fan-Mannschaften um den Einzug in die Endrunde des All-Together-Cups", die im Rahmen des "Thüringentages" ausgetragen wird.

Projekte für die gesamte Bevölkerung

- Woche der ausländischen Mitbürger: Alljährlich im Herbst organisiert die Ausländerbeauftragte zusammen mit etwa 60 Vereinen, Institutionen, Initiativen und Personen diese zweiwöchige Veranstaltungsreihe. Im Mittelpunkt stehen kulturelle Angebote, die nicht nur der Begegnung zwischen Einheimischen und Ausländern aller Altersgruppen und sozialen Schichten dienen, sondern auch "alle Sinne" bei den Gästen und Mitwirkenden ansprechen soll: "Indischer Tempeltanz" spielt dabei ebenso eine Rolle wie Ausstellungen, z. B. zu "Menschenrechtsfragen". Wichtig ist auch, dass ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger als sachbezogene Referenten bzw. Korreferenten bei Vorträgen und Diskussionen mitwirken.

Den Autoren des Stadtprogramms gegen Fremdenfeindlichkeit ist bewusst, dass die vorliegende Zusammenstellung nicht vollständig ist. Sie soll vielmehr anregen. Wer immer seine Initiative, seinen Verein, sein Projekt oder sein Unternehmen vermisst, das sich im Umgang mit der gegenwärtigen Problematik von Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit im Hinblick auf Demokratiestärkung und Gewaltbekämpfung ebenso zivilgesellschaftlich engagiert, der fühle sich angesprochen und zur Mitwirkung eingeladen.

4. Das Programm

Das Stadtprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz will erstens der Bevölkerung signalisieren, dass alle demokratischen Kräfte in der Stadt im Kampf gegen Rechtsextremismus zusammenstehen. Zweitens werden mit dem Programm auch allgemeine und längerfristige Maßnahmen gegen Rechtsextremismus formuliert und auf die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Bundes- und der Landesebene im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit hingewiesen. Drittens bedarf ein solches Programm einer zentralen

Bürgerinstanz - einem ständigen Runden Tisch für Demokratie, der verantwortlich dafür ist, dass auf allen Ebenen zivilgesellschaftliche Courage gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus gefördert und gestärkt wird. Eine solche Bürgerinstanz kann sich allerdings nicht nur auf ehrenamtliches Engagement stützen, sondern muss viertens eine finanzierbare strukturelle Unterstützung erfahren. Über eine solche Struktur (gedacht ist an eine Kontaktstelle) müssen konkrete Maßnahmen (Initiativen, Projekte etc.) geplant, unterstützt und abgerechnet werden.

4.1. Auftaktveranstaltung

Der ständige Runde Tisch wird baldmöglichst eine Auftaktveranstaltung mit allen Beteiligten und Interessierten durchführen, um zum einen das Programm in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und zu zeigen, dass das Programm an sich bereits ein Symbol und Signal ist. Gleichzeitig sollen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Jena im Hinblick auf zivilgesellschaftliche Courage ermutigt werden und auch die Region in das gemeinsame Engagement gegen Rechtsextremismus eingebunden werden.

4.2. Allgemeine langfristige Maßnahmen

Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz sind keine regionalen, sondern gesamtgesellschaftliche Probleme. Wenn sich unsere Stadt für ein eigenes Stadtprogramm engagiert, so bedeutet dies nicht, dass Jena ein Zentrum des Rechtsextremismus wäre. Vielmehr verweist das Engagement auf die politische Verantwortung von Politik und Bürgerschaft.

Unter dieser Voraussetzung schlagen wir vor:

1. Die Initiatoren, Verantwortlichen und Akteure für eine städtische Initiative gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus arbeiten eng mit der Koordinierungsstelle "Gewaltprävention" im Thüringer Innenministerium zusammen. Diese Zusammenarbeit soll eine wechselseitige sein, d.h. die Koordinierungsstelle "Gewaltprävention" soll um Unterstützung städtischer Initiativen gebeten werden und soll andererseits auch Anregungen durch die städtischen Initiativen erfahren. Darüber hinaus halten wir ein Landesprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus für dringend erforderlich.
2. Die Initiatoren, Verantwortlichen und Akteure für eine städtische Initiative gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus entwickeln die Kooperation mit analogen überregionalen Initiativen, wie z. B. den Projekten "Für Demokratie Courage zeigen" und "Netzwerk für Demokratie".
3. Ebenso fördern die Initiatoren, Verantwortlichen und Akteure den thematischen Austausch zu den Partnerstädten und Partnerregionen der Stadt Jena.
4. Mit dem Stadtprogramm fordert die Stadt Jena die Umlandkreise zur Mitarbeit auf und hofft, über diese Zusammenarbeit regionalübergreifende Initiativen entwickeln und umsetzen zu können. Vertreter der Umlandkreise werden deshalb zu den Sitzungen des ständigen Runden Tisches der Stadt Jena eingeladen.

5. In die Entwicklung, Förderung und Umsetzung von konkreten Projekten gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus sind der Ausländerbeirat, die Ausländerbeauftragte der Stadt und die Ausländervereine in Jena einzubeziehen.
6. Aktionstage gegen Intoleranz, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, die Zukunftswerkstatt "Weltoffene Stadt Jena", die Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Buchenwald, die Förderung und Unterstützung eines "Hauses der Kulturen und der Begegnung" sollten in nächster Zeit in konkrete und abrechenbare Projekte überführt werden.
7. Die Bevölkerung sollte über lokale, regionale und überregionale Probleme der Fremdenfeindlichkeit, des Rechtsextremismus und des Antisemitismus informiert werden. Generell ist die öffentliche Dokumentation von fremdenfeindlichen, rechtsextremen und antisemitischen Vorfällen zu intensivieren. Das gilt auch für die öffentliche Darstellung der Situation von Asylbewerbern und Migranten.
8. Integrationsmaßnahmen für anerkannte Asylbewerber und Migranten in die städtische Gesellschaft (insbesondere in die Arbeitswelt) sind zu fördern und zu verbessern. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei auf die Verbesserung der Situation auf dem Jenaer Forst gerichtet werden.
9. Die regionalen Medien (Jena-TV, Offener Hörfunkkanal, regionale Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Presseagenturen, MDR, Internetprovider etc.) sollten in die Zusammenarbeit gegen Rechtsextremismus einbezogen und in ihren Berichterstattungen unterstützt werden. Namentlich geht es darum, über diesen Weg die Zivilcourage der Jenaer Bürgerinnen und Bürger gegen Fremdenfeindlichkeit zu stärken, mehr Akzeptanz gegenüber Asylbewerbern und Migranten zu entwickeln und das alltägliche Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern in Jena zu fördern.
10. Um fremdenfeindliche, rechtsextreme oder antisemitische Tendenzen in staatlichen bzw. öffentlichen Einrichtungen (z. B. in der städtischen Verwaltung, in wissenschaftlichen Einrichtungen, in Betrieben, Organisationen, Vereinen, Jugendzentren, Schulen, bei Polizei oder Bundeswehr etc.) nicht zu tabuisieren, sollten die Initiatoren, Verantwortlichen und Akteure einer städtischen Initiative gegen Fremdenfeindlichkeit nach Wegen zu suchen, um derartige Tendenzen seriös zu analysieren und zu bewältigen.

4.3. Ständiger Runder Tisch für Demokratie

Ein Kernpunkt des Stadtprogramms ist die Einrichtung eines ständigen Runden Tisches, der sich mindestens zweimal im Jahr trifft, die aktuelle Situation und Geschehnisse analysiert und Maßnahmen vorschlägt. Mitglieder des ständigen Runden Tisches sind die Initiatoren und Träger des Stadtprogramms, Vertreter gesellschaftlicher, wissenschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Einrichtungen, Vertreter des Ausländerbeirats, der Ortschaftsräte und des Stadtrates. Der Runde Tisch dient als Koordinierungsgremium für die Umsetzung des Stadtprogramms.

In dieser Funktion obliegen dem ständigen Runden Tisch für Demokratie insbesondere folgende Aufgaben:

- Er analysiert die gesellschaftliche Situation der Stadt.
- Er regt neue Initiativen und Projekte an.
- Er kontrolliert und evaluiert die Umsetzung beschlossener Initiativen und Projekte.
- Er fördert Jugend- und Sportinitiativen gegen Rechtsextremismus, insbesondere an Schulen.
- Er berät und fördert den Austausch zwischen den Initiatoren, Trägern und Akteuren des Stadtprogramms.
- Er hilft, Stadtratsbeschlüsse gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus vorzubereiten.
- Er setzt sich dafür ein, dass die Stadt Jena Mitglied im Mobilen Beratungsteam e.V. (MBT) wird.
- Er initiiert und unterstützt die Aktion "Noteingang", bei der öffentliche Einrichtungen, private Geschäfte und Unternehmen durch entsprechende Aufkleber signalisieren, dass sie bedrohten Bürgerinnen und Bürgern Schutz vor Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gewähren.
- Er entwickelt Ideen und konkrete Umsetzungen, um Fördermittel zur Realisierung des Stadtprogramms einzuwerben.
- Um die Auftaktveranstaltung vorzubereiten, die Arbeitsfähigkeit des Runden Tisches und seine Außenwirksamkeit zu sichern und seine regelmäßigen Arbeitstagungen inhaltlich und beschlussfähig zu organisieren, wählt der Runde Tisch einen Sprecherrat.

4.4. Strukturelle Unterstützung des Runden Tisches

Zur strukturellen Unterstützung des Runden Tisches wird ein Kontaktbüro gebildet. Dieses sollte durch einen professionellen Sozialarbeiter bzw. Sozialpädagogen geleitet werden, der in der Lage ist, Mediatoren- bzw. Schlichterfunktionen zu übernehmen und die Zusammenarbeit mit relevanten staatlichen Einrichtungen (z. B. mit der Polizei) organisieren. Über SAM oder ABM-Maßnahmen sollten zusätzliche Mitarbeiter eingestellt und weitere ehrenamtliche Helfer (z. B. aus wissenschaftlichen und sozialen Einrichtungen innerhalb der Stadt) zur Unterstützung des Kontaktbüros gewonnen werden.

Das Kontaktbüro dient als städtische Antidiskriminierungsstelle; es sichert die Einrichtung und Funktion eines Nottelefons (wenn möglich auch mit englischen Sprachangeboten) und stellt die Zusammenarbeit mit den Mobilen Beratungsteams des Freistaates her.

4.5. Konkrete Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Familie

Die Familie spielt eine entscheidende Rolle bei der Erziehung der künftigen Generationen. Mit dem Stadtprogramm sollen vorhandene Strukturen unterstützt und empfohlen werden, die Hilfe für Erziehung anbieten. Gedacht ist dabei u.a. an das Jugendamt, die Gleichstellungsbeauftragte, Familienberatungsstellen sowie Beratungsangebote von Frauenvereinen. Es muss sichergestellt werden, dass an allen hier in Frage kommenden Beratungsstellen Informationen darüber abgerufen werden können, wo welche konkrete Hilfe angeboten wird.

Das Stadtprogramm regt zur Frage des Umgangs mit Fremden und der Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit Begegnungsangebote, Vorträge und Gespräche an. Ansprechpartner bzw. Initiatoren sind u.a. das Jugendamt, die Gleichstellungsbeauftragte, die Ausländerbeauftragte oder der Ausländerbeirat.

Wohngebiet

Dem Wohngebiet als Ort des Lebensmittelpunktes gilt eine besondere Beachtung in der Prävention gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Für ein spannungsfreies soziales Klima werden Ortsbürgermeister und Ortschaftsräte in die Planungen der Stadt, die ihr Wohngebiet berühren, einbezogen, unabhängig davon, ob es sich um die Ausweisung eines Baugebietes oder z. B. den Bau eines Aussiedlerheimes handelt. Seitens der Stadt müssen besonders die Stadtteile Aufmerksamkeit finden, in denen Spannungen und Unausgeglichenheit das Zusammenleben prägen. Ziel ist es, ein Wohnklima zu schaffen, das nicht nur einer "Gettoisierung" vorbeugt, sondern das ein nachbarschaftliches Umfeld ermöglicht. Hierzu zählt die couragierte und angemessene Hilfe, wenn ein Bürger fremdenfeindlichen Angriffen ausgesetzt ist.

Widerspruch gegen fremdenfeindliche Parolen am Stammtisch oder die unverzügliche Verständigung der Polizei im Falle fremdenfeindlicher Aktionen sollten zum selbstverständlichen Verhalten jedes Bürgers gehören. Das dauerhaft friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Weltanschauung muss eines der wichtigsten Ziele der Jenaer Kommunalpolitik sein.

Konkrete Handlungsmöglichkeiten:

- Ortschaftsräte und Ortsbürgermeister thematisieren Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus als mögliches Problem in ihrem Wohngebiet durch Projekte und Veranstaltungen.
- Ortsbürgermeister und Ortschaftsräte sind Ansprechpartner und Anlaufstelle für Ausländer und andere Minderheiten.
- Die Stadt wie auch Universität und Studentenwerk verhindern eine Konzentration von Ausländern in einem Wohngebiet, die einer Integration im Umfeld u. U. abträglich wäre.
- Die Integration von Migranten und anderen Minderheiten werden als Schwerpunkt in den Prozess der Lokalen Agenda 21 für die Stadt Jena einbezogen.

- Die Stadt prüft im Rahmen ihrer Möglichkeiten, d.h. zunächst bei der SWVG, inwieweit Hausmeister neben der Wahrnehmung ihrer ökonomischen auch verstärkt soziale Aufgaben übernehmen können. Wünschenswert sind diesbezügliche Fortbildungen für Hausmeister. Eine entsprechende Vernetzung der Arbeit mit dem Stadtteilbüro erscheint sinnvoll. Die SWVG ihrerseits sollte besonders für Ausländer als Mieter bei Problemen ansprechbar sein.

Schule

Die Schule ist ein Ort, an dem Begegnungen mit Fremden stattfinden und in einem geschützten Sozialraum gelebt werden können. Insofern ist sie auch ein Ort für die Auseinandersetzung mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit. Lehrerinnen und Lehrer, Hortnerinnen und Schulsozialarbeiter stehen in der Verantwortung, extremistischen Erscheinungen entgegen zu treten, nach Möglichkeit der Entstehung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus vorzubeugen, vor allem aber ein respektierendes, mitmenschliches Verhalten vorzuleben und mit den Schülern einzuüben. Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Vorfälle an Jenaer Schulen dürfen nicht verschwiegen werden.

Konkrete Handlungsmöglichkeiten:

- Eine Tabuisierung des Themas muss verhindert werden.
- Die vielfältigen guten Erfahrungen an Jenaer Schulen zu Initiativen, Projekten und schulspezifischen Konzepten zum Thema dieses Stadtprogramms sollten von anderen Schulen genutzt werden.
- Eine verstärkte Annahme von die Fortbildungsangeboten verschiedener Institutionen wie dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (ThILLM) oder der Landeszentrale für politische Bildung kann helfen, im Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen sicherer zu werden.
- Elternabende und Elternstammtische dienen dazu, sich den "heiklen Themen" in einer vertrauensvollen Atmosphäre zu nähern.
- Die Begegnung mit fremden Kulturen sollten im Rahmen von Schulfesten gefördert werden. Erfahrungen bzw. Initiativen wie z. B. "Demokratisches Handeln" oder "Eine-Welt-Schule" bieten in diesem Zusammenhang empfehlenswerte Anknüpfungspunkte.
- Unter Leitung des Schulamtes wird eine Steuergruppe (Schulleitungen, Lehrer; Schülervorteiler, Schulsozialarbeiter, Ausländerbeirat) tätig, die Schulen bei der Entwicklung schulspezifischer Konzepte berät.

Freizeit

Freizeitgestaltung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ist neben der Arbeitswelt / Schule die zweite Ebene, auf der die Integration von Minderheiten gut gelingen kann. Diese muss in Jena weiterentwickelt werden. Die Stadt gestaltet eine Politik, die darauf abzielt, die Lebenssituation benachteiligter Menschen, besonders Jugendlicher zu verbessern. Die zahlreichen freien Träger

machen Angebote für alle Altersstufen in der Kinder- und Jugendarbeit. Für Jugendliche organisiert und koordiniert insbesondere das städtische Jugendamt unterschiedliche Projekte, die dem o.g. Anliegen entsprechen. Derartige Projekte haben das Ziel, demokratische Handlungsformen auszuprägen, zur Achtung der Menschenrechte und zur Akzeptanz Andersdenkender und Andersaussehender zu befähigen. Das städtische Jugendamt wird keine Arbeit mit rechtsextremen, wohl aber mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen unterstützen.

Konkrete Handlungsmöglichkeiten:

- Die Sozialarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit wird weiter verknüpft und unterstützt nach Möglichkeit Vereine und Projekte im Freizeitbereich, die sich mit dem Erkennen von Ursachen für Fremdenfeindlichkeit beschäftigen und über Wissensvermittlung, Begegnungen etc. Vorurteile abbauen wollen und neue Handlungs- und Konfliktstrategien entwickeln sollen. Dem Bedarf an solchen Projekten kann allerdings nur dann qualifiziert entsprochen werden, wenn es gelingt, den Trägern und Initiatoren der Jugendarbeit die personellen, materiellen und finanziellen Bedingungen zu erhalten, die für eine kontinuierliche Arbeit notwendig sind.
- Sport- und Kulturgruppen thematisieren Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus oder führen konkrete Aktionen durch, z. B. durch ein Fest der Kulturen, Diskussionsveranstaltungen, Wettkämpfe oder Theater. Tätig werden kann jeder Jugendverband, jeder Studentenklub, jeder Sportverein, die Volkshochschule und die Musik- und Kunstschule.
- Jugendsozialarbeiter und Ausländerbeirat regen Projekte im Freizeitbereich an und unterstützen sie.
- Prominente Sportler und Künstler vor Ort werden in die Aktivitäten und Initiativen einbezogen.
- Die Projekte "midnight-fun" e.V. und "Fan-Projekt" werden weiter gefördert und entwickelt. Der Erfolg des Projektes "midnight-fun" empfiehlt die Prüfung der Verwirklichung ähnlicher Projekte in anderen Stadtteilen.

Weiterbildung und Beratung im öffentlichen Bereich

Durch Unkenntnis, Vorurteile und Angst gegenüber Fremden entsteht nicht selten eine Atmosphäre, in der Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gedeihen können. Ämter und öffentliche Behörden sind gegen eine solche Atmosphäre keineswegs immun. Ein täglicher Umgang mit Fremden und Fremdheit ist aufgrund der geringen Zahl von Ausländern unserer Stadt in der Regel nicht gegeben. Dies gilt für die Polizei ebenso wie für kommunale Behörden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Einrichtungen kennen Ausländer häufig nur durch Konfliktsituationen und selten durch privaten Umgang.

Dort, wo es Vorurteile oder subtile Diskriminierungen von Fremden und sozial Schwachen in kommunalen Verwaltungen, Behörden oder in der Polizei gibt, müssen diese thematisiert und durch

geeignete Weiterbildung und Training der interkulturellen Kompetenz reduziert werden. Die Landeszentrale für politische Bildung, aber auch andere kompetente Partner, wie der Verein "Deutsch als Fremdsprache e.V. (DaF)" und der Bereich Interkulturelle Wirtschaftskommunikation der Jenaer Universität sowie Mobile Beratungsteams vor Ort bieten sich als geeignete Kooperationspartner an, um derartige Weiterbildungskonzepte zu entwickeln bzw. bereits existierende Konzepte wirkungsvoll umzusetzen.

Das gilt ebenso für die thematische Auseinandersetzung mit den Wurzeln und den Wirkungen von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Auch dafür sollten Angebote der Weiterbildung für Mitarbeiter in Behörden genutzt werden.

Wirtschaft

Die Wirtschaft kann durch eine eigene Positionierung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sehr zur positiven Außenwirkung der Stadt Jena beitragen. Hierzu kann eine eigene Stellungnahme gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt hilfreich sein, die die Wirtschaft gemeinsam mit dem ständigen Runden Tisch erarbeitet. Fremdenfeindliche Sprüche und Taten dürfen nicht widerspruchslos hingenommen werden. In diesem Sinn sollte die Stadt Betriebsvereinbarungen für Gleichbehandlung und partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz in der Verwaltung und in allen städtischen Betrieben abschließen. Der Runde Tisch empfiehlt allen öffentlich-rechtlichen Betrieben und Unternehmen der Privatwirtschaft, in gleicher Weise Akzente zu setzen.

Integration

Die Integration der hier lebenden Migranten ist unentbehrlich für ein friedliches, respektvolles und gleichberechtigtes Zusammenleben der Menschen in unserer Stadt. Insbesondere sollen folgende Maßnahme ergriffen werden:

Förderung der deutschen Sprache:

- Bei der schulischen Eingliederung von Kindern nichtdeutscher Muttersprache gibt es an Jenaer Schulen ständige Angebote zur Verbesserung der Sprachkenntnisse, die im Zuständigkeitsbereich des Thüringer Kultusministeriums liegen. Darüber hinaus sollten die Schulen, das Schulamt und die Ämter der Stadt Jena nach Mitteln und Möglichkeiten suchen, diese Angebote zu erweitern.
- Für erwachsene Migranten muss ein breites und finanzierbares Angebot für Deutschkurse bereitgehalten werden. Die Kooperation und Zusammenarbeit mit möglichen Trägern von Bildungsveranstaltungen wie Volkshochschule, Universität und Fachhochschule soll in der Erarbeitung von Unterrichtsangeboten im Vordergrund stehen. Vereine und Initiativen, die sich schwerpunktmäßig für Migranten und ausländische Mitbürger einsetzen, können aufgrund ihrer Erfahrungen die Abstimmung der Fortbildungsangebote, ergänzt um eigene, spezielle Angebote, übernehmen.

- Spätaussiedler können nach ihrer Ankunft in Jena vom Arbeitsamt finanzierte Deutschkurse belegen. Für die nach Jena zugezogenen Angehörigen von Spätaussiedlern, denen das Arbeitsamt die Kurse nicht bezahlt, soll auch zukünftig die Belegung von Sprachkursen ermöglicht werden, so dass eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erleichtert und schneller möglich wird.

Integrationskurse:

- Neben dem Erwerb der deutschen Sprache sollen die Migranten die Möglichkeit bekommen, landeskundliches Wissen über Deutschland zu erlangen und die Grundwerte der bundesdeutschen Verfassung kennen zu lernen. Entsprechende Kurse und Vorträge können u.a. vom Ausländerbeirat, von ausländischen Vereinen und der Volkshochschule organisiert werden.
- Umgekehrt ist es dringend notwendig, im Schulunterricht und in anderen geeigneten Bildungsangeboten über die Geschichte und die aktuelle Situation in den Herkunftsländern größerer Einwanderergruppen (wie z. B. Spätaussiedler oder sog. jüdische Kontingentflüchtlinge aus den GUS-Staaten) zu informieren.

Stärkung der Arbeit des Ausländerbeirates

Der Ausländerbeirat als demokratisches Instrument der Selbstvertretung und der politischen Bildung der Migranten muss eine stärkere Unterstützung erfahren, um in seiner interkulturellen Kompetenz und seinem Mitspracherecht besser in Anspruch genommen werden zu können.

Die Zusammensetzung des Ausländerbeirates ermöglicht es, verschiedene Kulturen, Erfahrungen, Sprachkenntnisse und Vernetzungen zu koordinieren und zu nutzen. So ist der Ausländerbeirat bereits jetzt ein gefragter Ansprechpartner für Migranten und Vereine, Institutionen, Stadtverwaltung und Behörden, wenn es um Fragen der Integration und des Zusammenlebens geht. Diese anspruchsvolle Aufgabe mit allen ihren Facetten kann kaum durch eine andere Institution so effektiv geleistet werden.

Intervention

Alle diejenigen, die im direkten Kontakt mit rechtsextremen Einstellungen und Verhalten sowie mit fremdenfeindlicher Gewalt aus beruflicher Perspektive zu tun haben, müssen sich ihrer ganz persönlichen Verantwortung bewusst sein.

Vom konkreten Verhalten der Polizeibeamten vor Ort ebenso wie vom Auftreten der Richter bei entsprechenden Strafverfahren können entscheidende Signale für die Eindämmung, aber leider auch für die weitere Ausbreitung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausgehen.

Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten müssen - im Rahmen der bestehenden Gesetze - schnell, klar und wirkungsvoll geahndet werden. Auf dieser Weise wird dem Ansehen der Stadt langfristig mehr gedient, als durch jegliche Verharmlosung.

Im Bemühen, gefährdeten Jugendlichen Hilfen zum Ausstieg aus rechtsextremen Gruppen zu geben, müssen vorhandene Erfahrungen noch stärker genutzt werden, so z. B. bereits vorliegende Aussteigerprogramme. Staatliche, kommunale und gesellschaftliche Kräfte müssen zu diesem Zweck vor Ort die Zusammenarbeit suchen und entsprechende Maßnahmen koordinieren.

In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Einstellungen helfen öffentliche Appelle bzw. Aufrufe häufig nicht aus. Persönliche Gespräche mit rechtsextremen bzw. fremdenfeindlichen Akteuren sind u. U. hilfreicher und effektiver. Gleichzeitig darf an der öffentlichen Ächtung von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus kein Zweifel bestehen.

Es gibt immer noch ein großes Defizit im Hinblick auf die Bereitschaft unter den Bürgern, bei fremdenfeindlichen Äußerungen und Aktionen einzuschreiten. Mit Hilfe geeigneter öffentlichkeitswirksamer Kampagnen soll hier entgegengewirkt und die Courage des einzelnen gestärkt werden.

5. Aufruf

Der Politiker und Journalist Karl Hermann Flach meinte einmal:

"Es bedarf schon einer gewaltigen Anstrengung, der Freiheit in der Zukunft eine Chance offen zu halten".

Wir appellieren an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Jena:

Diese gewaltige Anstrengung müssen wir selbst erbringen!

**Machen Sie mit, geben Sie der Fremdenfeindlichkeit,
dem Rechtsextremismus, dem Antisemitismus und der Intoleranz
in unserer Stadt keine Chance!**